

Buch, Claudia M. et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung. Zehnter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 296

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1997) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung. Zehnter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 296, ISBN 3894561459, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/948>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

296

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage Rußlands

Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung

Zehnter Bericht

Inhalt

I. Produktion, Investitionen und Preise	3
II. Arbeitsmarkt	5
III. Einkommen der privaten Haushalte	6
IV. Öffentliche Haushalte	7
V. Geld- und Kreditpolitik	9
VI. Wechselkurspolitik	12
VII. Außenwirtschaft	13
VIII. Ordnungspolitik	15
IX. Zusammenfassung und Ausblick	17
Literaturverzeichnis	21

Dieser Bericht wurde am 27. März 1997 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Herbert Brücker, Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weissenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Am 10. Januar 1997, mitten in den Vorbereitungen für den 10. Bericht über Rußland und die Republik Belarus, starb unerwartet und tragisch Dr. Ulrich Weissenburger. Im Rahmen des gemeinsamen Projekts „Die wirtschaftliche Lage Rußlands und der Republik Belarus“ haben die drei Institute einen engagierten und kompetenten Mitarbeiter verloren. Ulrich Weissenburger besaß entscheidenden Anteil an der bisherigen Berichterstattung und an der kooperativen Atmosphäre der gemeinsamen Arbeit.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **wirtschaftliche Lage Russlands** / Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin ... – Kiel : Inst. für Weltwirtschaft

Literaturangaben

Bericht 1 u.d.T.: Die wirtschaftliche Lage Russlands und Weissrusslands

Bericht 10. Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert
Erholung. – 1997

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 296)

ISBN 3-89456-145-9

©

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus
auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Produktion, Investitionen und Preise

Die nun schon jahrelang von vielen Beobachtern, auch von den internationalen Finanzorganisationen vorgetragenen Prognosen, es werde im jeweils nächsten Jahr zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in Rußland kommen, haben sich auch 1996 als verfehlt erwiesen. Die drei Institute hatten dagegen immer wieder nachdrücklich auf die beträchtlichen Risiken und auf die Unzulänglichkeiten der Wirtschaftspolitik hingewiesen. Die dabei geäußerte Befürchtung, es könne 1996 zu einem weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kommen, wurde insofern übertroffen, als an die Stelle einer Abschwächung des wirtschaftlichen Niedergangs dessen neuerliche Beschleunigung trat (Tabelle 1). Die Situation gewinnt dadurch an Schärfe, daß sich 1996 auch der Zusammenbruch der Investitionstätigkeit beschleunigt fortsetzte (-18 vH gegenüber -13 vH in 1995). Werden die Umsätze im Einzelhandel als Indikator für die Entwicklung des privaten Konsums genommen, so deutet sich ein vergleichsweise geringer und zudem abgeschwächter Rückgang an (-4 vH gegenüber -7 vH in 1995).

Die Entwicklung der Industrieproduktion im Jahr 1996 verlief äußerst enttäuschend (Tabelle 2). Im Jahresverlauf zeichnete sich bald ab, daß von den 1995 zu beobachtenden vermeintlichen Vorboten eines Aufschwungs nichts mehr übrigbleiben würde. Die Grundstoffindustrie (Eisen und Stahl, Nichteisen-Metallurgie, chemische und petrochemische Industrie) wies, wie alle übrigen Industriezweige auch, einen neuerlichen Rückgang der Produktion auf. Geradezu dramatisch beschleunigte sich der Rückgang in der Baustoffindustrie (-22 vH nach -7 vH in 1995) und in der Leichtindustrie (-25 vH nach -8 vH in 1995).

Die Existenz einer beträchtlichen Schattenwirtschaft wird vielfach zum Anlaß genommen, das Ausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs Rußlands herunterzuspielen oder gar bereits einen wirtschaftlichen Aufschwung zu diagnostizieren (Dobozi und Pohl 1995). Aus der Sicht der Institute ist eine solche Einschätzung nicht stichhaltig. Die russische Statistik versucht mittlerweile, die Aktivitäten der Schattenwirtschaft in den veröffentlichten BIP-Daten zu

Tabelle 1 – Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Bruttoinlandsprodukt ^a	-3	-5	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-6
Industrieproduktion ^a	-0,1	-8	-18	-14,1	-20,9	-3,3	-5
Agrarproduktion ^a	-4	-5	-9	-4	-12	-8	-7
Bruttoanlageinvestitionen ^a	0	-15	-40	-12	-24	-13	-18
Gütertransportvolumen ^b	.	-7	-24	5	-24	-10	-18
Einzelhandelsumsatz ^a	12	-3	-3	2	0	-7	-4
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher ^a	10	-17	-18	-30	-38	-18	-7
Geldeinkommen der privaten Haushalte							
Nominal	18	120	750	1 030	360	158	46
Real ^c	.	8	-51	11	13	-13	0
Nominallöhne und -gehälter	15	81	994	878	276	114	55
Reallöhne	.	-3	-33	0	-8	-28	5
Verbraucherpreise ^d	6	160	2 510	840	215	131	21,8
Verkaufspreise der Industried ^d	4	240	3 280	895	233	175	25,6
Arbeitslosenquote am Periodenende ^e	.	.	4,7	5,5	7,4	8,8	9,3

^aReal. — ^bAuf Tonnen-Basis. — ^c1990 bis 1993: Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres; 1994 bis 1996: Jahresdurchschnitt. — ^d1990: Jahresdurchschnitt; 1991 bis 1996: Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres. — ^eILO-Methodik.

Quelle: Goskomstat RSFSR (1991: 129, 177, 352), Goskomstat Rossii (1992: 14 f.; 1996a: 12, 54, 80, 243, 396; 1996b: 254; 1997: 7, 8, 56, 179, 182).

Tabelle 2 – Industrieproduktion nach Zweigen 1990–1996 (Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<i>Industrie insgesamt^a</i>	0	-8	-18	-14	-21	-3	-5
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-1	-3
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	10	-4
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	3	-5
Chemische und petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	-8	-11
Maschinenbau u. Metallverarbeitung	-	-10	-15	-16	-38	-9	-11
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-7	-22
Baustoffindustrie	-2	-2	-20	-16	-29	-8	-25
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-30	-28
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-8	-9

^a1990 bis 1993: Nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994 bis 1996: einschließlich Kleinbetriebe und Joint-ventures. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfaßt.

Quelle: Goskomstat Rossii (1993: 367; 1996a: 492; 1997: 16 ff.).

zu berücksichtigen. Aber selbst wenn unterstellt wird, daß noch immer wesentliche Teile der Schattenwirtschaft nicht erfaßt werden, so müßten deren Wachstumsraten außerordentlich hoch sein, um das Gesamtbild einer schrumpfenden Wirtschaft zu revidieren.¹

Bei der Beurteilung der Schattenwirtschaft ist darüber hinaus ein strukturelles Problem zu berücksichtigen: Es ist zu vermuten, daß in der Schattenwirtschaft vorwiegend Konsumgüter und Dienstleistungen produziert werden, die Erstellung von Anlageinvestitionen dagegen eher die Ausnahme darstellt. Wenn Steuervermeidung ein Hauptmotiv für schattenwirtschaftliche Aktivitäten ist, so wäre es wegen der dann fehlenden Abschreibungsmöglichkeiten ohnehin widersinnig, Anlageinvestitionen außerhalb der offiziellen Wirtschaft zu tätigen. Nimmt man also an, daß der überwiegende Teil der Schattenwirtschaft gerade nicht in der Tüchtigkeit von Anlageinvestitionen besteht, so bedeutet die Existenz einer Schattenwirtschaft nichts weiter, als daß der durchschnittliche² Lebensstandard der Bevölkerung möglicherweise weniger gesunken ist, als die offiziellen Daten dies suggerieren, daß aber der in den offiziellen Zahlen reflektierte dramatische Rückgang der Investitionsaktivitäten weitestgehend die reale

Entwicklung widerspiegelt. Entsprechend ausgeprägter stellt sich der Rückgang der Investitionstätigkeit relativ zum Rückgang des Konsumniveaus dar.

Die Verbraucherpreise stiegen im gesamten Jahr 1996 um 21,8 vH (Dezember zu Dezember) und damit für eine Volkswirtschaft mit noch erheblichen Transformationsdefiziten nur noch mäßig (Tabellen 3 und 4). Die Inflationsrate hat ein Niveau erreicht, von dem keine entscheidende Gefährdung eines wirtschaftlichen Aufschwungs mehr befürchtet werden muß. Der denkbare Verweis auf die in Rußland allgegenwärtigen Zahlungsrückstände, d.h., die Vermutung, daß die wahre Inflationsrate höher liegt, kann nicht überzeugen, denn für die Transaktionen im Einzelhandel mit Konsumgütern und Dienstleistungen muß angenommen werden, daß sie vorwiegend gegen Bezahlung stattfinden. Dies gilt nur mit Einschränkungen für den Bereich der industriellen Erzeugerpreise, deren Anstieg nur geringfügig über dem der Verbraucherpreise lag. Strukturell ist zu bemerken, daß die überproportionalen Preissteigerungen bei Dienstleistungen und Brennstoffen im wesentlichen den Erwartungen bzw. den Erfordernissen (Anpassung an Weltmarktpreise) entsprechen (Tabelle 4).³

Tabelle 3 – Monatliche Preisentwicklung 1994–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise				Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	19	21,5	3,2
Februar	10,7	11	2,8	1,5	15,1	16,9	2,7
März	7,4	8,9	2,8		10,2	10,8	2,6
April	8,5	8,5	2,2		10,6	14,8	2,4
Mai	7	7,9	1,6		6,6	8,9	1,1
Juni	6	6,7	1,2		8,4	6,1	1,6
Juli	5,3	5,4	0,7		7,8	6,7	1,2
August	4,7	4,6	-0,2		5,8	6,7	2,1
September	7,9	4,4	0,3		7,3	5,7	1,7
Oktober	15	4,7	1,2		11	4,6	2,8
November	14,6	4,5	1,9		12,6	2,9	0,9
Dezember	16,5	3,2	1,4		12,9	1,9	0,8

Quelle: Goskomstat Rossii (1996b: 153; 1997: 110).

Tabelle 4 – Preisentwicklung 1991–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)^a

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<i>Verbraucherpreise</i>	160	2 510	840	215	131	22
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48
<i>Industrielle Erzeugerpreise</i>	240	3 280	895	233	175	26
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	35
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	58
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	18
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24
Maschinenbau u. Metallverarbeitung	210	2 620	949	230	178	24
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34
Leichtindustrie	370	1 160	681	241	163	20
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22

^aDezember gegenüber Dezember des Vorjahres.

Quelle: Goskomstat Rossii (1996a: 904; 1997: 111, 114, 125), eigene Berechnungen.

II. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten ist 1996 gegenüber 1995 um 0,5 vH zurückgegangen und betrug am Jahresende 65,9 Millionen. Etwa 6,8 Mill. Personen waren zur Jahreswende 1996/1997 arbeitslos. Dies bedeutet eine Quote von 9,3 vH.⁴ Damit hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit weiter fortgesetzt (Tabelle 5).

Trotz der Bemühungen der staatlichen bzw. in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetriebe, mit Hilfe von Kurzarbeit Entlassungen zu vermeiden, wird die Wirtschaftskrise nunmehr auch am Arbeitsmarkt immer deutlicher sichtbar. Die verdeckte Arbeitslosigkeit aufgrund von Kurzarbeit oder Zwangsurlaub um-

faßte am Jahresende 1996 etwa 3 Millionen Menschen (*Ekonomika i žizn'* Nr. 50 aus 1996). Unter Einbeziehung dieser Gruppe erhöht sich die Zahl der Arbeitssuchenden auf etwa 10 Millionen (15 vH). Da die Unternehmen bislang

die Bezahlung aussetzten oder bis unter das Existenzminimum absenkten, anstatt Beschäftigte zu entlassen, ist bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum 1997 mit einer deutlichen Zunahme der offenen Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Tabelle 5 – Arbeitsmarkt 1992–1996

	Zahl der Arbeitslosen ^a			Arbeitslosenquote nach ILO	Offene Stellen
	Berechnungs- methode der ILO	Bei den Arbeits- ämtern gemeldet	Anerkannt ^b		
	in Tausend			in vH	in Tausend
1992	3 594	982	578	4,7	307
1993	4 160	1 085	836	5,5	352
1994	5 478	1 878	1 637	7,4	326
1995					
Januar	5 500	1 963	1 710	7,6	311
Februar	5 700	2 096	1 839	7,8	316
März	5 600	2 166	1 921	7,7	330
April	5 800	2 220	1 986	7,9	368
Mai	5 800	2 226	1 993	8	405
Juni	5 900	2 242	2 004	8,1	445
Juli	6 000	2 282	2 048	8,3	454
August	6 200	2 434	2 098	8,5	460
September	6 300	2 434	2 104	8,5	446
Oktober	6 400	2 397	2 142	8,7	404
November	6 400	2 491	2 228	8,7	352
Dezember	6 431	2 549	2 327	8,8	309
1996					
Januar	6 450	2 702	2 418	8,8	294
Februar	6 500	2 873	2 568	9	287
März	6 500	2 974	2 676	9	287
April	6 500	3 064	2 771	9	309
Mai	6 600	2 970	2 694	9,1	327
Juni	6 700	2 867	2 605	9,2	346
Juli	6 700	2 817	2 558	9,2	350
August	6 700	2 778	2 525	9,2	343
September	6 700	2 725	2 470	9,2	333
Oktober	6 700	2 724	2 451	9,2	341
November	6 800	2 742	2 460	9,4	274
Dezember	6 800	2 751	2 506	9,3	260

^aPeriodenendwerte. — ^bMindestens 3 Monate ohne Beschäftigung.

Quelle: Goskomstat Rossii (1996a: 54; 1997: 179), Government of the Russian Federation (1997a).

III. Einkommen der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen der privaten Haushalte blieben 1996 gegenüber 1995 unverändert, nachdem sie 1995 um 13 vH gesunken waren. Die Reallöhne stiegen um 5 vH und die Renten um 9 vH (1995: Reallöhne: -28 vH,

reale Durchschnittsrente: -19 vH). Die Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit sind gegenüber dem Vorjahr real um etwa 6 vH gesunken. Durch die dynamische Entwicklung der Löhne hat sich deren Anteil an

den Geldeinkommen der privaten Haushalte auf 43,4 vH (1995: 40,7 vH) erhöht. Der Anteil der Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit übersteigt mit insgesamt 43,8 vH noch geringfügig die Lohneinkommen (1995: 46,9 vH).

Die höchsten Löhne wurden auch 1996 in der Elektroenergieerzeugung, in der Brennstoffindustrie, in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bank-, Bau- und Transportgewerbe gezahlt. In der Land- und Forstwirtschaft, in der Leichtindustrie, im Maschinenbau und im Sozialbereich blieb das Lohnniveau relativ niedrig. Wie bisher zahlten die Unternehmen neben den Löhnen Zuschläge zum Ausgleich von Preiserhöhungen, jedoch ist die Relation dieser Zuschläge zum Lohn auf durchschnittlich 4 vH (1995: 11 vH) gesunken. Diese Relation schwankt zwischen 2,3 vH in der Landwirtschaft sowie im Sozialbereich und 10 vH im Bankgewerbe.

Die statistisch ausgewiesenen Einkommensdisparitäten haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Differenzierung der Geldeinkommen, gemessen an der Relation vom höchsten zum niedrigsten Einkommensdezil blieb mit dem 13fachen (1995: 13,5fache) nahezu konstant. Der Anteil der Bevölkerung mit Geldeinkommen unter dem Existenzminimum ist auf 22 vH zurückgegangen (1995: 25 vH).⁵

Nach der russischen Statistik zählen nicht ausgezahlte Löhne als Einkommensbestandteil.

Die Anzahl der Unternehmen und Organisationen mit Lohnrückständen hat sich 1996 um die Hälfte erhöht, und die Summe der nicht ausgezahlten Löhne hat sich gegenüber dem Jahresanfang nominal mehr als verdoppelt. Die Lohnrückstände erreichten zum Jahresende 1996 47,2 Billionen Rubel und entsprachen etwa einer monatlichen Lohnsumme. Etwa ein Fünftel der Lohnrückstände entfiel auf staatliche Haushalte, der Rest auf Unternehmen. Hinzu kamen nicht ausgezahlte Renten und rückständiger Sold an die Armee.

Die Anteile der Konsumausgaben (70,2 vH) an den Geldeinkommen der privaten Haushalte und der Ersparnisse (23,7 vH) haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.⁶ Der Anteil der in Devisen gehaltenen Ersparnisse ist 1996 auf etwa drei Viertel gestiegen, während er 1995 noch rund 60 vH betrug. Die seit Jahren statistisch ausgewiesene hohe Sparquote erklärt sich durch zwei Faktoren. Zum einen wurden sämtliche Devisenkäufe als Sparen angesehen. Es kann aber unterstellt werden, daß lediglich die Hälfte der Devisenkäufe gespart und der Rest für Direktimporte verwendet wurde. Zum anderen wurden die nicht ausgezahlten Löhne den Einkommen zugerechnet, stellen tatsächlich aber Zwangssparen dar. Die Quote der freiwilligen Ersparnis dürfte bei geschätzten 12 vH liegen.

IV. Öffentliche Haushalte

Die russische Finanzpolitik war 1996 vor allem durch die Bemühungen geprägt, die IWF-Kriterien für die Zuteilung der zugesagten Kreditlinien zu erfüllen. Dazu gehörte die Verringerung der Subventionszahlungen und die Begrenzung der Defizithöhe. Tatsächlich sind die haushaltsfinanzierten Subventionszahlungen weiter zurückgegangen. Das auf der Grundlage der Daten des Finanzministeriums berechnete Defizit des konsolidierten Haushalts lag 1996 bei etwa 4 vH des BIP. Auf den Föderationshaushalt fielen nach Angaben des Finanz-

ministeriums 3,3 vH des BIP, auf die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften 0,8 vH. Das Primärdefizit betrug etwa 1,5 vH des BIP.

Damit lag das vom Finanzministerium ausgewiesene Defizit des Föderationshaushalts sogar unterhalb der im Haushaltsgesetz 1996 angestrebten Grenze von 3,85 vH. Unter Einbeziehung der Zinszahlungen und bei Ausgrenzung der Privatisierungseinnahmen hat das Defizit weit höher gelegen (Institute of Economic Analysis 1997: 2).⁷ Wahrscheinlicher ist ein

Defizit in der Größenordnung von mindestens 6 vH des BIP.⁸

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts haben mit knapp 23 vH des BIP einen historischen Tiefstand erreicht (Stand November 1996). Wesentliche Ursachen dafür liegen in dem weiteren Schrumpfen der Steuerbasis und in den erheblichen Zahlungsrückständen der Unternehmen gegenüber den öffentlichen Haushalten. Wichtigste Einnahmequelle des konsolidierten Haushalts war das Mehrwertsteueraufkommen (5,7 vH des BIP; 25,1 vH der Gesamteinnahmen). Während der Anteil der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer im Vergleich zum Vorjahr konstant blieb, hat sich das Gewinnsteueraufkommen fast halbiert (1995: 7 vH des BIP; 1996: 4 vH). Unverändert niedrig ist das Einkommensteueraufkommen (2,4 vH des BIP). Von den Gesamteinnahmen standen der föderalen Ebene weniger als die Hälfte zur Verfügung. Bei Einnahmen in der Größenordnung von 11 vH des BIP ist der finanzpolitische Handlungsspielraum der Zentralregierung ausgesprochen gering.⁹

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts¹⁰ wurden 1996 weiter zurückgeschraubt und beliefen sich auf knapp 27 vH des BIP. Die Kürzungen betrafen insbesondere die Zuweisungen von Finanzmitteln an die einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren. Allerdings wurden die Subventionskürzungen durch die nur zögerliche Durchsetzung des Steuerrechts und die einzelnen Unternehmen eingeräumten Steuerergünstigungen weit überkompensiert. Zum 1. Dezember 1996 beliefen sich die Außenstände der Unternehmen gegenüber den öffentlichen Haushalten auf 5,8 vH des BIP. Damit sind sie seit September 1996 (9 vH des BIP) zwar deutlich gesunken, im Vergleich zum Vorjahr aber stark gestiegen (Ende 1995: 3,3 vH des BIP). Diesen Steuerschulden sind die Steuererstattungen hinzuzurechnen (1,3 vH des BIP). Darüber hinaus bestanden erhebliche Zahlungsrückstände gegenüber den außerbudgetären Fonds (Anfang Dezember 1996: 4,5 vH des BIP). Damit beliefen sich die Schulden des Unternehmenssektors gegenüber dem öffentlichen Sektor zum 1. Dezember 1996 auf mindestens 10 vH des BIP. Die Verbindlichkeiten des Staates gegenüber dem Unternehmenssektor belie-

fen sich Ende November 1996 auf 0,6 vH des BIP.

Für die hohen Steuerrückstände der Unternehmen sind zwei Faktoren verantwortlich: Wichtige Steuerschuldner sind zum einen die Energieunternehmen. Diese Steuerschulden sind nicht zuletzt Ergebnis einer politisch gewollten indirekten Subventionierung bestimmter Energieabnehmer. Indirekt werden durch diese Praxis Subventionen, die eigentlich aus dem Staatshaushalt gezahlt werden müßten, durch die Energieunternehmen gezahlt. Im Gegenzug halten diese ihre Steuerzahlungen zurück. Die Zahlungskrise im Unternehmenssektor konzentriert sich stark auf den Energiebereich, und ihre Lösung ist damit so lange nicht zu erwarten, wie die beschriebene Subventionierungspraxis nicht beendet wird.¹¹ Zum anderen ist es in einer Situation, die vor allem durch hohe Zinsen auf dem inländischen Kapitalmarkt, einen nur begrenzten Zugang zum Weltkapitalmarkt und die Zahlungsrückstände der öffentlichen Haushalte gegenüber einzelnen Unternehmen geprägt ist, für alle Unternehmen rational, sich auf diese Art Finanzspielräume zu erschließen. Um so unverständlicher ist die Zurückhaltung des Staates bei der Steuereintreibung, die ihm erhebliche Kreditkosten verursacht.

Die Finanzierung des föderalen Defizits erfolgte vorrangig durch die Ausgabe von Staatsanleihen (56 vH). Eine weitere wichtige Finanzierungsquelle waren die Kredite des IWF. Zudem wurden Eurobonds zur Finanzierung emittiert. Im Jahresverlauf hat der IWF die Auszahlungen von Kredittranchen mehrfach ausgesetzt, insbesondere weil die Steuererhebung deutlich hinter den veranschlagten Werten zurückblieb. Zum Jahresende drohte die Regierung einigen Steuerschuldnern mit der Einleitung von Konkursverfahren. Allerdings ist zu befürchten, daß ein großer Teil der staatlichen Forderungen als uneinbringlich gelten muß.

Die Einnahmen des bereits verabschiedeten Föderationshaushalts 1997 sollen um mehr als vier Prozentpunkte auf 15,4 vH des BIP steigen. Das Defizit soll mit 3,5 vH (nach Definition des Finanzministeriums) etwa konstant gehalten werden. Zusätzliche Einnahmen werden

Tabelle 6 – Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992–1996

	1992	1993	1994	1995	1996 ^a	1992	1993	1994	1995	1996 ^a
	vH der Gesamteinnahmen/-ausgaben					vH des BIP				
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	28,0	29,0	29,0	26,2	22,8
Gewinnsteuer	29,4	33,8	27,5	26,9	17,7	8,2	9,8	8,0	7,0	4,0
Einkommenssteuer	8,1	8,8	9,9	8,4	10,6	2,3	2,6	2,9	2,2	2,4
Akzisen	4,0	3,6	4,2	5,6	8,9	1,1	1,0	1,2	1,5	2,0
Mehrwertsteuer	37,7	22,5	21,0	21,9	25,1	10,5	6,5	6,1	5,7	5,7
Zölle etc.	8,8	4,7	10,8	5,6	3,5	2,5	1,4	3,1	1,5	0,7
Sonstige Einnahmen	12,0	26,6	26,6	31,7	34,2	3,4	7,7	7,7	8,3	8,0
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	31,4	33,6	39,3	29,4	26,9
Volkswirtschaft	34,5	28,1	26,4	14,3		10,8	9,4	10,4	4,2	
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	7,4	5,5	.	.	.	2,2	1,4
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	4,2	3,8	.	.	.	1,2	1,1
Transport, Kommunikation	.	.	.	2,7		.	.	.	0,8	
Sozial-kulturelle Maßnahmen	23,2	24,8	23,0	24,1	31,1	7,3	8,4	9,1	7,0	8,0
Bildung	.	.	.	11,6		.	.	.	3,4	
Gesundheit	.	.	.	8,3		.	.	.	2,4	
Soziale Sicherung	.	.	.	4,2		.	.	.	1,2	
Verteidigung	14,3	12,5	11,7	9,8	9,8	4,5	4,2	4,6	2,9	2,6
Verwaltung und Rechtsorgane	6,7	7,3	7,7	7,7	8,4	2,1	2,4	3,0	2,3	3,5
Außenwirtschaft	6,7	4,8	2,1	4,4	2,5	2,1	1,6	0,8	1,3	0,9
Schuldendienst ^b	.	.	.	5,1		.	.	.	1,5	1,9
Sonstige Ausgaben	14,6	22,5	29,1	34,6	38,9	4,6	7,6	11,4	10,2	9,4
<i>Saldo: Einnahmen – Ausgaben</i>	-3,4	-4,6	-10,3	-3,2	-4,1

^aJanuar bis November. — ^bNur föderaler Haushalt.

Quelle: Goskomstat Rossii (1996a, 1997).

von der Ende Dezember 1996 eingeführten Lizenzierung der Alkoholproduktion bzw. des Alkoholimports erwartet. Im Januar 1997 traten weitere partielle Veränderungen des Steuerrechts in Kraft, die vor allem auf eine Veranlagung der Kapitaleinkünfte zielen.¹² Eine umfassende Steuerreform, die bei einer Entlastung der Unternehmen und der Vereinfachung des Steuerrechts ansetzt, steht nach wie vor aus; geplant ist ihr Inkrafttreten zum Jahresbeginn 1998. Die jetzt eingeleiteten Partialreformen belasten die ohnehin überforderte Finanzverwaltung weiter. Dem diesjährigen Haushalts-

plan liegen ähnliche Eckdaten bezüglich der Einnahmen, Ausgaben und des Defizits wie auch für das Haushaltsjahr 1996 zugrunde; der Verfall der Steuereinnahmen konnte aber nicht aufgehalten werden. Auch für 1997 ist hier keine Trendwende zu erwarten. Zur Verbesserung der Steuermoral soll mit Unternehmen, die ihren gegenwärtigen Steuerzahlungen nachkommen, aber in der Vergangenheit Steuerschulden haben auflaufen lassen, eine Umschuldungsvereinbarung getroffen werden. Eine derartige Regelung dürfte die bestehenden „moral-hazard“-Probleme weiter verschärfen.

V. Geld- und Kreditpolitik

Die seit 1995 verfolgte stabilitätsorientierte Geldpolitik wurde 1996 im wesentlichen fortgesetzt. Sowohl die Geldbasis als auch die erweiterte Geldmenge M2 nahmen 1996 deutlich langsamer zu als im Vorjahr (Tabelle 7). Aufgrund einer Zunahme der Geldnachfrage stie-

gen die Preise in geringerem Maße als die Geldmenge; im Dezember 1996 lag der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat nur noch bei 22 vH. Damit nahmen die Geldmengenaggregate auch real gerechnet zu.

Tabelle 7 – Geldmengen- und Kreditaggregate 1992–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH)^a

	1992	1993	1994	1995	1996			
	I-IV	I-IV	I-IV	I-IV	I	II	III	IV
Bargeld	82	68	29	25	8	20	-7	.
Geldbasis	.	66	31	22	10	13	-2	4
M2 (Rubel)	63	51	32	22	10	10	7	6
M2 ^b	.	.	33	21	11	10	3	.
Bankkredite ^c	.	.	36	13	9	5	4	.
<i>Nachrichtlich:</i>								
Erzeugerpreise	221	79	36	30	9	5	5	4
Verbraucherpreise	177	76	33	24	10	5	1	4

^aAufgrund von Revisionen der Daten sind Abweichungen zu früheren Veröffentlichungen möglich. 1992–1995: Durchschnittliche Quartalswerte. — ^bRubelgeldmenge plus Geldbestände in ausländischer Währung. — ^cKredite des Bankensystems an Unternehmen und private Haushalte.

Quelle: Government of the Russian Federation (1996a, 1997a), IMF (1997), eigene Berechnungen.

Insgesamt war 1996 die Ausweitung der Geldbasis von einem Anstieg der Forderungen der Zentralbank an die Regierung dominiert (Tabelle 8). Hinter diesem Anstieg stehen einerseits Offenmarktgeschäfte der Zentralbank in staatlichen Wertpapieren. Andererseits steigen aber auch die Forderungen der Zentralbank an die Regierung in dem Ausmaß, wie die Zentralregierung im Ausland aufgenommene Kredite in Rubel umtauscht. Zugleich hat die Zentralbank den Geschäftsbanken im zweiten Quartal über Lombardgeschäfte netto Liquidität entzogen.¹³ Die Nettowährungsreserven gingen absolut zurück.¹⁴ Dafür sind zwei Gründe auszumachen. Erstens hat die Zentralbank zur Stützung des Rubelkurses Devisen verkauft. Zwei-

tens hat sie im Rahmen der vermehrten GKO-Käufe durch Ausländer Devisenterminverbindlichkeiten aufgebaut, die die Nettoreserven reduzieren.¹⁵ Der Rückgang der Währungsreserven, vor allem im zweiten Halbjahr 1996, setzt ein Fragezeichen hinter die bisherigen Stabilisierungserfolge.

Der Finanzierungsbedarf des Staates und die unsichere politische Situation vor den Wahlen führten im zweiten Quartal 1996 zu einem deutlichen Anstieg der GKO-Zinsen.¹⁶ Zugleich wurde der private Sektor durch die staatliche Kreditnachfrage verdrängt (Tabelle 9). Kredite an den privaten Sektor gingen sowohl relativ als auch absolut zurück. Die GKO-Zinsen sanken im weiteren Jahresverlauf im Zuge eines verstärkten Engagements ausländischer Anleger (Schaubild 1). Die Zentralbank führte, nachdem sie bereits im zweiten Quartal den Lombardzins erheblich gesenkt hatte, im dritten Quartal den Banken über die Lombardauktionen netto Liquidität zu. Der Rückgang der Kreditvergabe an den privaten Sektor konnte zumindest bis Oktober 1996 jedoch nicht umgekehrt werden.

Die Zentralbank hat die günstige Inflationsentwicklung und die Entspannung am GKO-Markt zu weiteren Senkungen beim Refinanzierungs- und Lombardsatz genutzt. Im Februar 1997 wurde der offizielle Refinanzierungszins von 48 auf 42 % gesenkt. Insgesamt ist das reale Niveau der Lombardzinsen seit Mitte 1996 deutlich von teilweise über 80 % auf rund 10 %

Tabelle 8 – Zusammensetzung der Geldbasis von der Entstehungsseite 1994–1996 (vH)^a

	1994	1995	1996	
			Juni	November
Ausländische Aktiva (netto)	39,2	41,4	29,7	22,9
Inländische Aktiva (netto)	60,8	58,3	70,3	77,1
<i>darunter: b</i>				
Forderungen an die Regierung (netto)	107,6	87,6	94,8	104,8
Forderungen an Geschäftsbanken	25,8	14,1	12,4	9,2

^aGeldbasis insgesamt = 100 vH. Periodenendwerte. — ^bDie beiden Komponenten addieren sich nicht zu den gesamten Inlandsaktiva, da die übrigen Aktiva — netto — negativ sind.

Quelle: IMF (1997), OMRI Daily Digest (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

Tabelle 9 – Struktur der Aktiva der Geschäftsbanken 1995–1996 (vH)

	1995	1996				
	Dez.	März	Juni	Sept.	Okt.	
Gesamte Aktiva	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Reserven	10,7	9,9	9,0	9,2	8,6	
Ausländische Aktiva	13,5	13,3	13,6	13,2	13,5	
Inländische Forderungen	75,9	76,8	77,5	77,7	77,9	
an die Zentralregierung	18,3	20,7	22,6	27,7	28,7	
an untergeordnete Gebietskörperschaften	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	
an staatliche Unternehmen außerhalb des Finanzsektors	18,2	17,4	18,2	16,7	16,6	
an den privaten Sektor	39,0	38,0	35,9	32,2	31,5	
an andere Finanzinstitute	0,2	0,4	0,4	0,6	0,6	

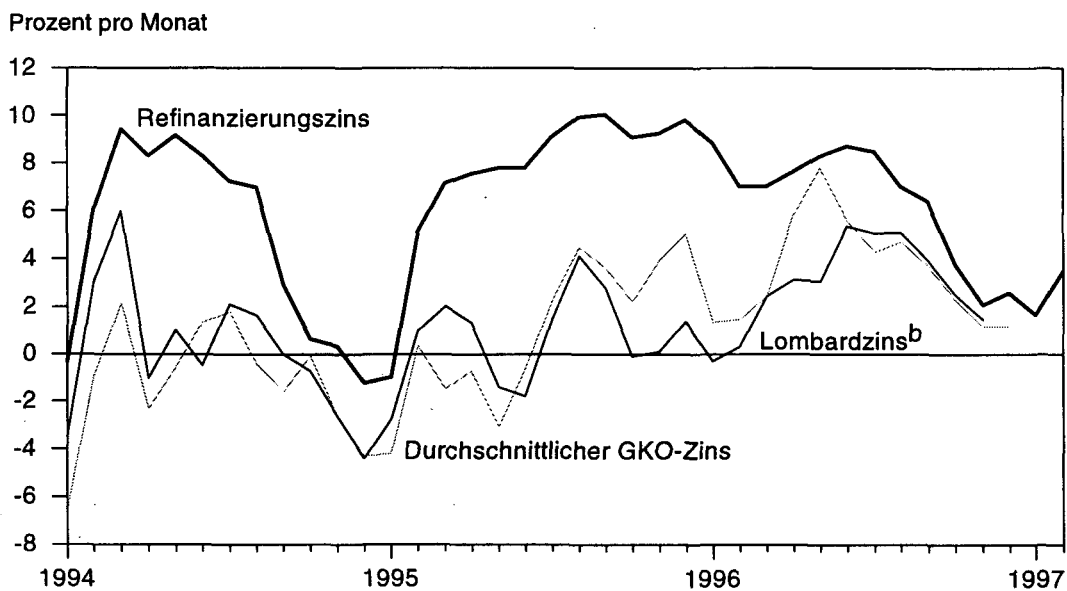
Quelle: IMF (1997), eigene Berechnungen.

pro Jahr zurückgegangen. Im Interesse der Ankurbelung unternehmerischer Investitionen in das Anlage- und Umlaufvermögen wäre ein weiterer Rückgang der Realzinsen zwar im Prinzip wünschenswert. Damit niedrigere Refinanzierungszinsen von den Geschäftsbanken an die Unternehmen weitergegeben werden und so die Investitionstätigkeit anregen, müssen aber eine Reihe weiterer Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört eine konsequente Konsolidierung des Staatshaushalts. Ansonsten be-

steht die Gefahr, daß wie im Vorjahr zusätzliche Liquidität nur zur Finanzierung des Haushaltsdefizits, nicht aber zur Überwindung der wirtschaftlichen Strukturkrise beiträgt. Eine solche Konsolidierung ist um so dringlicher, als der Monetisierungsgrad der russischen Volkswirtschaft infolge der Inflationserfahrungen früherer Jahre sehr gering ist. Die Finanzierung auch eines vergleichsweise geringen Budgetdefizits über eine Ausweitung der Geldmenge birgt die Gefahr einer relativ starken inflationären Wirkung, wenn es nicht zugleich zu einer Ausweitung der Produktion kommt.

Hinzu kommt, daß durch institutionelle Reformen im Bankensektor die Voraussetzungen für eine an Effizienzmaßstäben orientierte Kreditvergabe an Unternehmen weiter verbessert werden müssen. Eines der Haupthindernisse für die Kreditvergabe besteht bisher darin, daß es an Sicherheiten mangelt und daß ungesicherte Forderungen nur sehr schwer durchgesetzt werden können. Ausdruck der unzureichenden Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten ist das weiterhin ungelöste Problem der Zahlungsrückstände, das daher mit geldpolitischen Maßnahmen allein nicht gelöst werden kann. Insgesamt

Schaubild 1 – Monatliche Realzinssätze in Rußland 1994–1997^a



^aMonatsendwerte, deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. — ^bVor April 1996: Auktionszins.

Quelle: IMF (1997), *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

sind die fälligen Verbindlichkeiten der Unternehmen gegenüber den öffentlichen Haushalten, Banken, Lieferanten und Angestellten in den ersten zehn Monaten von 1996 um knapp 60 vH angestiegen.¹⁷

Für das Jahr 1997 strebt die Zentralbank ein Wachstum der Geldmenge M2 von 22 bis 30 vH an und erwartet einen Preisanstieg von 12 vH (*OMRI Daily Digest* vom 2. Dezember 1996). Auch bei leicht ansteigender Produktion können sich diese Erwartungen nur dann be-

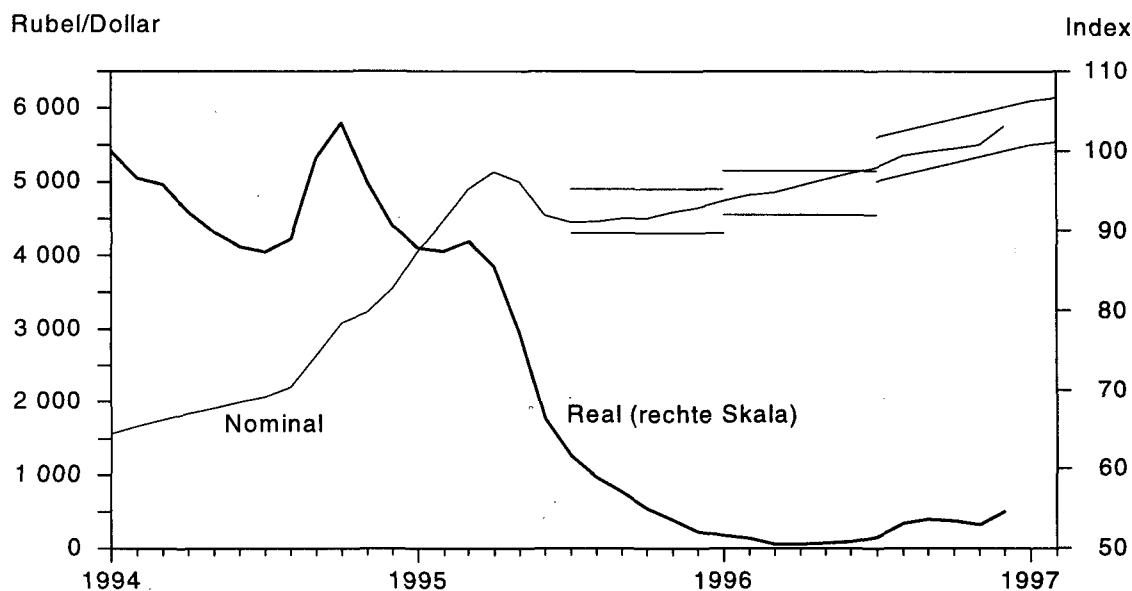
stätigen, wenn sich der 1996 über das Gesamtjahr zu beobachtende Anstieg der Geldnachfrage erheblich verstärkt. Dies wiederum setzt die Glaubwürdigkeit des Stabilisierungskurses voraus. Die Tatsache, daß es bislang noch nicht zu einer spürbaren Verlängerung der Laufzeiten von Krediten gekommen ist, sowie der anhaltende Abfluß russischen Kapitals in das Ausland lassen einen Vertrauensgewinn in dem erforderlichen Ausmaß bisher jedoch nicht erkennen.

VI. Wechselkurspolitik

Der russische Rubel hat im Jahr 1996 nominal um 23,9 vH (Dezember zu Dezember) abgewertet (Schaubild 2). Die Zentralbank hielt den Wechselkurs im ersten Halbjahr innerhalb der angekündigten Bandbreiten. Die reale Aufwertung des Jahres 1995 setzte sich damit in diesem Zeitraum fort. Die Zentralbank intervenierte mehrmals an den Devisenmärkten, um den Kurs zu verteidigen. Um einen weiteren

Rückgang der Währungsreserven zu verhindern, aber auch, um einem weiteren Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure zu begegnen, ging die Zentralbank in der zweiten Jahreshälfte 1996 zu einem System steigender Bandbreiten (*Crawling Band*) über, das in der zweiten Jahreshälfte eine stärkere nominale Abwertung ermöglichte. Zwar konnten dadurch weitere Reserveverluste nicht verhin-

Schaubild 2 – Wechselkurs des russischen Rubels zum US-Dollar 1994–1997^a



^aRealer Wechselkurs: Nominaler Kurs deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (Januar 1994 = 100). Monatsendwerte.

Quelle: *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

dert werden, die reale Aufwertung des ersten Halbjahres wurde im Verlauf der zweiten Jahreshälfte jedoch mehr als wettgemacht, so daß der reale Wechselkurs am Jahresende etwa wieder auf dem Niveau des Oktober 1995 lag.

Im Jahr 1997 soll das System des Crawling Band beibehalten werden. Erstmals wurde bereits im November 1996 ein Wechselkursziel für das gesamte folgende Jahr bekanntgegeben. Der Kurs des Rubels gegenüber dem US-Dollar soll in einem Korridor von 5 500 bis 6 100 Rubel zu Jahresbeginn und 5 750 bis 6 350 Rubel

am Jahresende liegen. Die Anpassung des Korridors erlaubt somit eine maximale Abwertung um 15 vH. Nur wenn das Inflationsziel von 12 vH für 1997 ungefähr erreicht wird, kann eine reale Aufwertung und damit eine weitere Behinderung der Exporte vermieden werden. Zudem bedeutet die Festlegung einer Bandbreite gegenüber dem US-Dollar eine noch größere reale Aufwertung gegenüber denjenigen Währungen, die selbst gegenüber dem Dollar abwerten, vor allem gegenüber der D-Mark.

VII. Außenwirtschaft

Die bisher vorliegenden Zahlungsbilanzdaten bis einschließlich September 1996 deuten darauf hin, daß sich der Kapitalabfluß aus Rußland 1996 verglichen mit dem Vorjahr deutlich verstärkt hat (Tabelle 10). Zwar kann die Struktur des Kapitalabflusses wegen statistischer Unzulänglichkeiten bei einzelnen Posten der Kapitalverkehrs-bilanz nicht genau bestimmt werden; der Netto-Abfluß läßt sich aber als Saldo der übrigen Zahlungsbilanzpositionen relativ zuverlässig ermitteln: Im Jahr 1995 stand dem Leistungsbilanzüberschuß von 11,3 Mrd. US-Dollar eine Zunahme der Währungsreserven um 9,3 Mrd. US-Dollar unter Berücksichtigung von Bewertungsänderungen gegenüber. Dementsprechend umfaßten 1995 die Kapitalverkehrs-bilanz und die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen, die großenteils Kapitalflüsse widerspiegeln, zusammengenommen einen Kapitalabfluß von netto 2,0 Mrd. US-Dollar. Von Januar bis September 1996 hingegen lag der Leistungsbilanzüberschuß bei 10,3 Mrd. US-Dollar, während die Währungsreserven um 1,4 Mrd. US-Dollar abnahmen. Kapitalverkehrs-bilanz und statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen zusammen wiesen dementsprechend einen Kapitalabfluß von netto 11,7 Mrd. US-Dollar aus.

Diese Rechnung auf Netto-Basis kann trotz der statistischen Unzulänglichkeiten in der Kapitalverkehrs-bilanz als relativ zuverlässig gelten, weil sowohl die Leistungsbilanz als auch die Ver-

änderung der Währungsreserven verhältnismäßig genau ermittelt werden können. Zumindest dürfte es in der Erfassung der Zahlungs- und Warenströme zwischen 1995 und 1996 keine substantiellen Unterschiede geben. Deshalb dürfte die errechnete Erhöhung des Netto-Kapitalabflusses 1996 nicht auf statistische Unzulänglichkeiten zurückgehen.

In einzelnen Positionen wies die Kapitalverkehrs-bilanz 1996 allerdings konstante oder sogar zunehmende Mittelzuflüsse auf. So betragen die ausländischen Direktinvestitionen nach 2,0 Mrd. US-Dollar im Jahr 1995 immerhin von Januar bis September 1996 noch netto 1,2 Mrd. US-Dollar. Bei den Portfolioinvestitionen verwandelte sich der Netto-Abfluß von 1,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 1995 in einen Netto-Zufluß von 2,3 Mrd. US-Dollar. Dabei handelte es sich vermutlich um eher spekulative Anlagen in russische Staatspapiere, die durch die hohen Realzinsen angezogen wurden. Demgegenüber haben sich die Bedingungen für langfristig orientierte Investitionen — hierauf deuten der wachsende Kapitalabfluß insgesamt sowie auch die rückläufigen Direktinvestitionen hin — offenbar weiter verschlechtert.

Weiter gewachsen sind 1996 die russischen Exporte. Sie betragen 88,3 Mrd. US-Dollar (8,9 vH) (Government of the Russian Federation 1997b).¹⁸ Die Importe lagen bei 59,8 Mrd. US-Dollar und sanken damit um 1,8 vH.

Tabelle 10 – Zahlungsbilanz Rußlands 1994–1996 (Mrd. US-Dollar)

	1994			1995			Jan.-Sept. 1996		
	GUS	Drittländer	Insgesamt	GUS	Drittländer	Insgesamt	GUS	Drittländer	Insgesamt
Saldo der Handelsbilanz	3.2	16.5	19.7	0.4	22.1	22.5	-0.6	18.1	17.5
Exporte	15.7	52.0	67.7	17.0	64.5	81.5	13.5	49.8	63.3
Importe	-12.5	-35.5	-48.0	-16.6	-42.4	-59.0	-14.1	-31.7	-45.8
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-0.3	-6.2	-6.5	-0.9	-7.2	-8.1	-0.4	-3.3	-3.7
Exporte	1.2	7.7	8.9	1.9	10.5	12.4	1.2	6.0	7.2
Importe	-1.5	-13.9	-15.4	-2.8	-17.7	-20.5	-1.6	-9.3	-10.9
Faktoreinkommen	0.2	-2.0	-1.8	0.3	-3.6	-3.3	0.1	-3.5	-3.4
Arbeitseinkommen	0.0	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	-0.3	-0.3	-0.2	-0.5
Kapitalerträge	0.2	-1.9	-1.7	0.5	-3.5	-3.0	0.4	-3.3	-2.9
Erhaltene Kapitalerträge	0.2	3.2	3.4	0.5	3.6	4.1	0.4	3.3	3.7
Gezahlte Kapitalerträge	0.0	-5.1	-5.1	0.0	-7.1	-7.1	0.0	-6.6	-6.6
Laufende Transfers	0.0	-0.1	-0.1	0.1	0.1	0.2	0.1	-0.2	-0.1
Saldo der Leistungsbilanz	3.1	8.2	11.3	-0.1	11.4	11.3	-0.8	11.1	10.3
Kapitaltransfers	0.4	0.4	0.8	-0.3	-0.1	-0.4	-0.3	-0.4	-0.7
Direktinvestitionen	0.0	0.6	0.6	0.1	1.9	2.0	0.0	1.2	1.2
Portfoliointvestitionen	0.0	0.1	0.1	-1.4	0.0	-1.4	0.0	2.3	2.3
Sonstige Kapitalbewegungen	-4.0	-6.9	-10.9	-1.9	9.2	7.3	-0.1	-7.0	-7.1
Forderungen	-3.5	-11.8	-15.3	-2.2	6.4	4.2	-1.2	-18.7	-19.9
davon: Veränderung der Bargeldbestände	0.0	-5.7	-5.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-7.7	-7.7
Lfd. Konten und Depositen	-0.3	3.6	3.3	0.0	5.4	5.4	0.0	0.5	0.5
Handelskredite	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-7.7	-8.1
Gegebene Kredite	0.2	5.7	5.9	-1.8	18.4	16.6	0.8	7.1	7.9
Überfällige Zahlungen/Umschuldung	-0.9	-11.9	-12.8	0.2	-10.8	-10.6	-0.7	-7.6	-8.3
Nicht eingeg. Exporterlöse	-2.1	-1.8	-3.9	0.2	-4.4	-4.2	-0.7	-1.1	-1.8
Nicht getilgte Anzahlung für Importe	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.3	-2.3
Sonstige Forderungen	-0.4	-1.7	-2.1	-0.8	-2.2	-3.0	-0.2	0.1	-0.1
Verbindlichkeiten	-0.5	4.9	4.4	0.3	2.8	3.1	1.1	11.7	12.8
davon: Veränderung der Bargeldbestände	-0.9	0.0	-0.9	0.2	0.0	0.2	0.3	0.0	0.3
Lfd. Konten und Depositen	0.3	0.4	0.7	0.0	1.4	1.4	0.2	0.7	0.9
Erhaltene Kredite	-0.2	1.4	1.2	-0.3	-0.3	-0.6	0.0	8.2	8.2
Überfällige Zahlung/Umschuldung	0.0	3.2	3.2	0.1	1.0	1.1	0.1	1.9	2.0
Sonstige Verbindlichkeiten	0.3	-0.1	0.2	0.3	0.7	1.0	0.5	0.9	1.4
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	-3.6	-5.8	-9.4	-3.5	11.0	7.5	-0.4	-3.9	-4.3
Reserveaktiva	0.0	1.9	1.9	0.0	-10.4	-10.4	0.0	2.8	2.8
Bewertungsänderungen von Reserveaktiva	0.0	-1.8	-1.8	0.0	1.1	1.1	0.0	-1.4	-1.4
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	0.4	-2.5	-2.1	3.5	-13.0	-9.5	1.4	-8.6	-7.2

^a Abweichungen der Summen durch Rundungsfehler.

Quelle: Vestnik Banka Rossii (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

Auch der russische Handel mit Deutschland hat weiter zugenommen. Laut deutscher Außenhandelsstatistik lagen die russischen Exporte nach Deutschland 1996 um 11,3 vH und die Importe aus Deutschland um 13,2 vH über dem Vorjahresniveau (Statistisches Bundesamt lfd.

Jgg.). Nach Jahren der Stagnation wuchs der deutsch-russische Warenaustausch wieder deutlich, wenngleich sich an der traditionellen Warenstruktur (russ. Exporte vor allem Energieträger-Rohstoffe) nichts geändert hat.

VIII. Ordnungspolitik

Mit Inkrafttreten des zweiten Teils des neuen Zivilgesetzbuches im Frühjahr 1996 und des Strafgesetzbuches Anfang 1997 ist in Rußland formal der rechtliche Rahmen für die Wirtschaftstätigkeit verbessert worden. Noch immer sind allerdings die Anwendung der bestehenden Gesetze unzureichend und das Vertrauen in das Rechtssystem gering.

Das Tempo der Privatisierung dürfte sich 1996 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamt haben. In den ersten drei Quartalen konnten nur 3 613 Unternehmen privatisiert werden; im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es noch 7 125 Unternehmen gewesen. Seit Beginn der Privatisierung bis Ende September 1996 wurden nur rund 58,5 vH der insgesamt zu privatisierenden Unternehmen teilweise entstaatlicht (*Rossijskie vesti* vom 4. Dezember 1996).¹⁹ Der für das vierte Quartal beabsichtigte Verkauf von Anteilen an der Telekommunikationsgesellschaft Svjaz'invest sowie am Erdölkonzern Rosneft' wurde verschoben (*OSTinvest* vom 24. Januar 1997: 6). Die Veräußerung von Anteilen an Großunternehmen verzögerte sich immer wieder, so daß die Privatisierungseinnahmen in den ersten elf Monaten 1996 mit 2,7 Bill. Rubel weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Von den Einnahmen flossen, nachdem die Aufteilung der Privatisierungserlöse zugunsten der Föderation geändert worden waren, etwa 38 vH in den Föderationshaushalt (Tabelle 11).²⁰

Im Rahmen des Programms „Kredit gegen Pfand“ kam es im Herbst 1996 zu einer ersten Versteigerung. Die Bank Menatep bot ihr Aktienpaket von 33,3 vH am Erdölunternehmen Jukos an, das sie gegen einen Kredit von

Tabelle 11 – Verteilung der Privatisierungserlöse 1994–1996 (vH)

	1994 ^a	1995	1996 ^b
Kommunen	40,5	35,7	29,8
Föderationssubjekte	18,3	17,0	13,3
Föderation	11,9	18,4	38,0
Privatisierungsorgane	19,8	14,1	8,2
Sonstige	9,5	14,8	10,7

^aOhne Voucherprivatisierung. — ^bJanuar bis November.

Quelle: Goskomstat Rossii (1995: 129; 1996b: 128; 1997: 148).

159 Mill. US-Dollar ein Jahr zuvor als Pfand erhalten hatte (*Izvestija* vom 24. Dezember 1996). Auf der unter Ausschluß ausländischer Mitbieter durchgeführten Auktion wurden nur zwei Gebote abgegeben (Government of the Russian Federation 1996b: 107). Den Zuschlag erhielt für 160,1 Mill. US-Dollar, also nur wenig über dem Eröffnungspreis von 160 Mill. US-Dollar, und Investitionszusagen von weiteren 200 Mill. US-Dollar die Aktiengesellschaft Mont Blanc (*OSTinvest* vom 7. Februar 1996). Dem Staat, dem 70 vH des Differenzbetrags zwischen Veräußerungserlös und Kreditsumme zustehen, flossen somit nur geringe Einnahmen zu. Da Menatep an Mont Blanc beteiligt ist, konnte die Bank ihre Eigenkapitalbeteiligung an Jukos aufstocken. Diese Auktion ist ein Beispiel dafür, wie Banken, die im Verlauf der von Insidern dominierten Voucherprivatisierung als Käufer eine untergeordnete Rolle spielten, nun versuchen, ihre Position als Eigentümer von Unternehmen auszubauen.

Einige der Banken, die am Programm „Kredit gegen Pfand“ teilnahmen, sind auch

Mitglied einer Finanz-Industriellen Gruppe (FIG). Die Zahl der registrierten Gruppen hat allein im zweiten Halbjahr 1996 um etwa 10 auf 46 zugenommen. In den in den Gruppen zusammengeschlossenen 700 Unternehmen und mehr als 90 Finanzinstituten sind mittlerweile mehr als 4,5 vH der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt und werden etwa 4 vH des BIP erzeugt (*Ekonomika i žizn'* Nr. 1 aus 1997; *Finansovye izvestija* vom 21. Januar 1997). Die Bedeutung der registrierten Gruppen ist damit gewachsen, obwohl — abgesehen von einem Fall — von staatlicher Seite bislang nicht die laut Gesetz möglichen Vergünstigungen gewährt wurden (*Ekonomika i žizn'* Nr. 1 aus 1997). Vielmehr bestehen die Anreize für Unternehmen, einer FIG beizutreten, anscheinend in verbesserten Bezugs- und Absatzbedingungen. Banken, die Mitglied einer FIG sind und gleichzeitig Unternehmensaktien als Pfand halten, verfolgen entweder, wie Menatep, die Strategie, ihre Kapitalbeteiligung zu konsolidieren und in ihren Unternehmen anschließend eine Umstrukturierung einzuleiten, oder sie planen, wie die Oneksimbank, die Unternehmen zunächst zu sanieren, um bei einem späteren Verkauf an strategische Investoren einen hohen Preis zu erzielen (Government of the Russian Federation 1996a: 124). Inwieweit über die genannten Einzelfälle hinaus die Bildung von FIG die Restrukturierung beschleunigt, ist noch nicht absehbar.

Ende November 1996 waren 42 vH der Unternehmen als Verlustbetriebe eingestuft.²¹ In den ersten drei Quartalen 1996 leitete die Konkursbehörde 876 Insolvenzverfahren ein; bei über einem Fünftel der Unternehmen stimmte sie einer Reorganisation zu (*Ekonomika i žizn'* Nr. 45 aus 1996). Im vierten Quartal wurde vor allem großen Unternehmen mit hohen Steuerrückständen öffentlich der Konkurs angedroht. Einige Unternehmen reagierten daraufhin mit einer teilweisen Begleichung ihrer Steuerschuld. Bei weiteren Unternehmen konnten die Forderungen gegenüber ihren Kunden mit den Verbindlichkeiten, die der Staat bei den jeweiligen Kunden hatte, verrechnet werden (Government of the Russian Federation 1996b: 110). Bei den restlichen Fällen ist zwar nicht auszu-

schließen, daß einige der laufenden Insolvenzverfahren abgebrochen werden. Jedoch hat der Staat durch seine Konkursandrohung erstmalig versucht, gegen Großunternehmen mit Steuerrückständen vorzugehen. Er kam damit der Forderung des IWF nach, Maßnahmen gegen die Einnahmerückgänge zu ergreifen.

Die im Gesetzesprojekt zur Privatisierung vorgesehenen Maßnahmen lassen ein langsames Tempo der Privatisierung erwarten (*Ekonomika i žizn'* Nr. 3 aus 1997: 11). An der Entscheidung über die Privatisierung von Unternehmen in den sogenannten strategischen Bereichen (beispielsweise Energiewirtschaft) soll neben der Regierung künftig auch die Duma beteiligt werden,²² die gleichzeitig ausländische Investitionen in wichtigen Wirtschaftszweigen beschränken will.²³ Beim Verkauf von Unternehmen sollen Beschäftigungszusagen eine stärkere Rolle spielen, was zu niedrigeren Verkaufspreisen führen dürfte.

Im Bereich der Wettbewerbspolitik hatte der IWF bereits im Jahresverlauf 1996 gefordert, Monopole aufzubrechen. Im Rahmen der Entflechtung von Energieunternehmen ist beabsichtigt, die Produktion von der Distribution, die als natürliches Monopol staatlich reguliert werden soll, zu trennen. Die bisherige Indexierung von gewerblichen Energiepreisen (unter anderem für Strom) an die Preisentwicklung der Industrie wird zunächst fortgesetzt. Beabsichtigt ist, im zweiten Quartal 1997 die Preise für die privaten Haushalte zu erhöhen.

Im Außenhandel waren bereits Mitte 1996 die vom IWF kritisierten Exportzölle für Erdöl und Erdgas abgeschafft und bei Erdöl teilweise durch differenzierte Ausfuhrsteuern ersetzt worden. Die Umstellung auf die im Vergleich zu Zöllen schwieriger einzutreibenden Steuern hat zum Rückgang der öffentlichen Einnahmen beigetragen. Seit Jahresanfang 1997 wird — wie geplant — auch bei Erdgas eine Ausfuhrsteuer erhoben (*Ekonomika i žizn'* Nr. 6 aus 1997). Nicht eingeführt wurde hingegen die geplante Importquote für Alkohol, mit der ursprünglich die hohen Einfuhren aus anderen GUS-Staaten zugunsten inländischer Produzenten gedrosselt werden sollten. Statt dessen ist für Alkoholimporte eine Lizenz nötig.

IX. Zusammenfassung und Ausblick

Im vergangenen Jahr kam es zu einem erneuten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (-6 vH), wobei die Investitionen (-18 vH) sogar stärker als im Vorjahr schrumpften. Weder von den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, noch von der Nachfrageseite, noch von der Kosten- seite her wurden ausreichende Anreize für Investitionen in Anlagen geschaffen. Wegen fehlender Strukturreformen, beispielsweise im fiskalischen Bereich, aber auch wegen der unzulänglichen Durchsetzung von Forderungen, insbesondere im Rahmen des Konkursrechts, waren die Risiken einer langfristigen Kapitalanlage im Vergleich zu den erwarteten Erträgen zu hoch. Auf der Nachfrageseite verringerten sich die realen Staatsausgaben; das primäre Defizit des konsolidierten Haushalts stieg nicht weiter an. Die Kaufkraft von Lohn- und Rentenbeziehern stieg angesichts gewachsener Auszahlungsrückstände kaum. Eine reale Abwertung des Rubels und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit russischer Unternehmen fand 1996 nicht statt. Gleichwohl nahm der Handelsbilanzüberschuß beträchtlich zu. Dieser Nachfrageeffekt reichte jedoch nicht aus, um die negative Entwicklung bei den Investitionen zu kompensieren. Die drei Institute haben bereits in früheren Berichten auf diese Probleme verwiesen und eine Erholung der russischen Wirtschaft als nicht wahrscheinlich erachtet.

Auch für 1997 ist keine Erholung der Investitionen zu erwarten, ebensowenig wie eine Dynamisierung der Exporte. Hohe Zinsen belasten das Staatsbudget und erzwingen weitere Ausgabenkürzungen, die sich erfahrungsgemäß vor allem nachteilig auf staatliche Investitionen auswirken. Deshalb und vor dem Hintergrund ordnungspolitischer Defizite erwarten die drei Institute auch für 1997 noch keine Erholung der Wirtschaft, sondern bestenfalls eine Stagnation.

Die meisten internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute und Finanzorganisationen prognostizieren dagegen für 1997 eine Erholung. Die OECD schätzt beispielsweise ein Wachstum von 3 vH, der IWF von 2,5 vH. Im Durchschnitt

wird ein Wachstum des BIP von etwa 2 vH erwartet (EBRD 1996: 126); diese Rate entspricht auch den Prognosen der russischen Regierung. Nach Ansicht der Institute sind die Voraussetzungen für ein Wiedereinsetzen des Wachstums in 1997 aber noch nicht gegeben.

Die Institute hatten in ihrem vergangenen Bericht hohe Realzinsen sowohl als Ursache von kontraproduktiven Anreizen in der russischen Wirtschaft als auch als Ergebnis einer äußerst skeptischen Bewertung der Transformationspolitik durch die Marktteilnehmer gesehen. Inzwischen ist es zwar zu einem deutlichen Rückgang der Realzinsen auf rund 10 % per annum gekommen. Dieses Realzinsniveau belastet aber noch immer die öffentlichen Haushalte; ferner ist es noch nicht zu einer Belebung der Investitionstätigkeit gekommen. Insofern wäre eine weitere Zinssenkung wünschenswert. Angesichts der noch erheblichen ordnungspolitischen Defizite birgt eine weitere Zinssenkung durch die Zentralbank, die nicht von strukturellen Reformen flankiert wird, jedoch noch immer die Gefahr, daß Inflations- und Abwertungserwartungen geweckt werden und es nicht zu einem Rückgang der Realzinsen, sondern vielmehr zu einem weiteren Abfluß von Kapital kommt.

Die Institute sehen derzeit den entscheidenden Handlungsbedarf im ordnungspolitischen Bereich. In diesem Sinne sind auch die Einnahmeprobleme der öffentlichen Haushalte zu bewerten. Sie sind in erheblichem Umfang Reflex einer indirekten Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige und Regionen, etwa durch verbilligte Energielieferungen. Die Kosten dieser Subventionierung werden von den Energieunternehmen getragen, die im Gegenzug ihre Steuerzahlungen zurückhalten. Zwar sind durch die Einleitung bzw. Androhung von Konkursverfahren gegen Steuerschuldner erste Schritte in Richtung einer verbesserten Durchsetzung bestehender Forderungen gemacht worden. Allerdings müssen solche Maßnahmen unvollständig und wenig glaubhaft bleiben, wenn nicht ein politischer Wille besteht, die beschrie-

bene Subventionierungspraxis transparent zu machen und letztlich zu beenden. Zwar sind für das Jahr 1997 wieder Strukturreformen geplant. Entscheidend ist aber, das Tempo ihrer Durchführung zu beschleunigen. Vorausgesetzt, daß es auch 1997 hier wieder zu erheblichen Verzögerungen kommt, erwarten die drei Institute einen weiteren Rückgang der Investitionen und bestenfalls ein Nullwachstum des Bruttoinlandsprodukts. Darauf deuten auch vorläufige, jedoch methodisch umstrittene Angaben des

russischen statistischen Amtes hin, wonach sich im ersten Quartal 1997 gegenüber dem ersten Quartal 1996 eine Stagnation des BIP ergab.

Die russische Zentralbank und die Regierung nennen für das Jahr 1997 ein Inflationsziel von 12 vH. Ein weiteres Absenken der Inflation ist aber nur unter erheblichen geld- und fiskalpolitischen Anstrengungen erreichbar. Die Institute halten es daher für realistisch, daß die Inflation 1997 kaum die Rate des Jahres 1996 (22 vH) unterschreiten dürfte.

Endnoten

- 1 Ein Zahlenbeispiel mag dies verdeutlichen: Nimmt man einmal an, daß die verbleibende Schattenwirtschaft 30 vH der Gesamtwirtschaft (also unter Einbeziehung der Schattenwirtschaft) umfaßt, so bedürfte es, um den Rückgang von 6 vH des Jahres 1996 in ein positives Wachstum von 2 vH zu verkehren, einer Wachstumsrate des BIP in der Schattenwirtschaft von 21 vH. Bemißt man den anfänglichen Umfang der verbleibenden Schattenwirtschaft weniger großzügig als die genannten 30 vH, so müßte ihre Wachstumsrate noch wesentlich höher sein.
- 2 Vom Problem der Einkommensverteilung sei hier abgesehen.
- 3 Der besonders starke Preisanstieg bei alkoholischen Getränken ist auf die Anhebung der Steuern und Abgaben auf Importe zurückzuführen.
- 4 Dabei wird die Berechnungsmethode der ILO zugrundegelegt. Sie beruht auf einem Vergleich der tatsächlichen Beschäftigung mit dem Arbeitskräftepotential. Die Differenz wird als arbeitslos eingestuft. Die bei den Arbeitsämtern gemeldete Zahl von Arbeitslosen liegt wesentlich niedriger (2,5 Millionen bzw. 3,4 vH).
- 5 Das Existenzminimum ist definiert als der physiologische Mindestverbrauch sowie die Mindestausgaben für andere Verbrauchsgüter, Dienstleistungen und Pflichtbeiträge. Es wird als Durchschnittsgröße für einzelne soziale Gruppen (Erwachsene im arbeitsfähigen Alter, Kinder, Rentner) bestimmt.
- 6 Nach Angaben von Goskomstat werden die Ersparnisse der privaten Haushalte definiert als die Summe aus der Veränderung der Bankeinlagen und der Devisenkäufe.
- 7 Die sinkenden GKO-Zinsen haben dazu geführt, daß das geschätzte Gesamtdefizit im Jahresverlauf abgenommen hat.
- 8 Dies entspricht im wesentlichen der Methodologie des IWF. Schätzungen zufolge belief sich das auf Grundlage dieser Methodologie berechnete Haushaltsdefizit im Gesamtjahr 1996 auf 7,7 vH des BIP (Government of the Russian Federation 1997b).
- 9 Das Haushaltsgesetz 1996 sah Einnahmen in der Größenordnung von 15,1 vH des BIP vor.
- 10 Hierin ist der Großteil der Zinszahlungen nicht enthalten. Die im föderalen Haushalt ausgewiesene Höhe des inländischen Schuldendienstes von 1,9 vH des BIP ist offensichtlich zu niedrig. Angesichts der hohen Realzinsen für GKO und eines Schuldenbestandes (Binnenverschuldung) von etwa 16 vH des BIP zum Jahresende 1996 müßte dieser Posten deutlich höher liegen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in diesem Posten die tatsächlich erfolgten Zinszahlungen nur etwa zur Hälfte erfaßt wurden.
- 11 Der Anteil überfälliger Zahlungen für Energie und Treibstoffe lag bei 50 vH der gesamten zwischenbetrieblichen Verschuldung.
- 12 Zinseinkommen, die auf Depositen mit einer Verzinsung über dem Refinanzierungssatz gezahlt werden, fallen unter eine 15prozentige Besteuerung (*OMRI Daily Digest* vom 22. Januar 1997).
- 13 Die Zentralbank vergab je Monat nur zwei Kredite mit Laufzeiten zwischen sieben und vierzehn Tagen, so daß die gesamte Kreditsumme plus Zinsen innerhalb des Ausgabemonats jeweils wieder zurückgezahlt werden mußte. Gleichzeitig hat die Zentralbank aber auch einzelne notleidende Banken gezielt mit Liquidität unterstützt, was einer marktgerechten Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld zuwiderläuft (Government of the Russian Federation 1996a: 33).
- 14 Die Nettoreserven der Zentralbank und des Finanzministeriums sanken von Dezember 1995 bis November 1996 von 7,7 auf 2,9 Mrd. US-Dollar. Die Bruttoreserven sanken von 17,2 auf 15,9 Mrd. US-Dollar (Government of the Russian Federation 1997a).
- 15 Ausländer, die Gewinne aus GKO-Geschäften repatriieren wollen, müssen drei Monate im voraus von der Zentralbank einen Devisenterminkontrakt erwerben, der den Kurs bestimmt, zu dem sie ihre Rubel in Devisen zurücktauschen können. Die Zentralbank geht damit in Höhe des Devisenwertes der Zinszahlungen eine Nettoverbindlichkeit ein (Government of the Russian Federation 1996a: 39).
- 16 Vorübergehend entstand sogar eine positive Differenz zwischen dem GKO-Zinssatz und dem für die Refinanzierung der Banken maßgeblichen Lombardsatz. Anlagen in GKO wurden dadurch für die Geschäftsbanken, soweit sie Zugang zu Lombardkrediten erhielten, zusätzlich attraktiv.
- 17 Diese Angaben beruhen auf Arbeitsunterlagen des Russischen Zentrums für Wirtschaftsreformen bei der Regierung.
- 18 Die Angaben schließen Schätzungen des nichtregistrierten Kleinhandels ein. Zahlen aus anderen russischen Statistiken, in denen dieser Kleinhandel nicht berücksichtigt wird, weisen einen deutlich größeren Exportüberschuß auf.
- 19 Angaben zum Gesamtjahr liegen nicht vor.
- 20 Am 1. September 1996 wurde der Verteilungsschlüssel für die Privatisierungseinnahmen zugunsten des Föderationshaushalts geändert; die Föderation erhält nun beim Verkauf föderalen Eigentums 71 vH statt 55 vH. Beim Verkauf von Republikseigentum fließen ihr 24 vH (vorher 10 vH) zu. Demgegenüber ist die zehnprozentige Beteiligung des Staates an kommunalen Privatisierungserlösen entfallen. Außerdem dürfen die Republiken bei föderalem Eigentum, das ihnen übertragen wurde, einen Anteil von 90 vH des Verkaufserlöses einbehalten (*Rossijskaja gazeta* vom 25. September 1996: 4 sowie *Kommersant* Nr. 17 aus 1996: 54).

- 21 Im Vorjahr waren es 30 vH (Goskomstat Rossii 1996b: 438; Goskomstat Rossii 1997: 287).
- 22 Anfang 1997 hatte die russische Regierung damit begonnen, eine Liste der zu privatisierenden Unternehmen zu erstellen (*VWD-Rußland* vom 31. Januar 1997). Auf der Liste befinden sich auch 70 strategische Unternehmen. Bei Annahme des neuen Gesetzes müßte die Privatisierung dieser Unternehmen erst noch von der Duma bestätigt werden. Die Duma widersetzt sich bislang heftig der Privatisierung großer Unternehmen.
- 23 Im Rahmen der Öl- und Gasfelderschließung durch product-sharing-Abkommen ist vorgesehen, die Beteiligung von Ausländern auf 20 bis 25 ausgesuchte Lagerstätten zu begrenzen (*VWD-Rußland* vom 14. Februar 1997).

Literaturverzeichnis

- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) (1996). *Transition Report 1996*. London.
- Dobozi, I., und G. Pohl (1995). Real Output Decline in Transition Economies — Forget GDP, Try Power Consumption Data! *Transition* 6 (1–2): 17–18.
- Goskomstat Rossii (Gosudarstvennoj komitet Rossijskoj Federacii po statistike) (1992). *Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii*. Moskau.
- (1993). *Rossijskaja Federacija v 1992 godu*. Moskau.
- (1995). *Rossija v cifrach. 1995*. Moskau.
- (1996a). *Rossijskij statističeskij ežegodnik. 1996*. Moskau.
- (1996b). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g.* Moskau.
- (1997). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g.* Moskau.
- Goskomstat RSFSR (Gosudarstvennoj komitet RSFSR po statistike) (1991). *Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g.* Moskau.
- Government of the Russian Federation (1996a). *Russian Economic Trends* 5 (3).
- (1996b). *Russian Economic Trends* 5 (5).
- (1997a). *Russian Economic Trends. Monthly Update* (January).
- (1997b). *Russian Economic Trends. Monthly Update* (March).
- IMF (International Monetary Fund) (1997). *International Financial Statistics*. CD-ROM. Ausgabe Januar. Washington, D.C.
- Institute of Economic Analysis (1997). *Main Economic Indicators* (1).
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 7: Außenhandel. Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel*. Stuttgart.